

JETZT: Streik gegen Rassismus & Sozialabbau!

Est weht ein anderer Wind in diesem Land. Die Regierung von Haiders Gnaden mußte unterirdisch zur Angelobung und flüchtete mit „Zur Sache“ vom Stephansplatz auf den Künigberg - ein Symbol. Seither kommt die Regierung nicht mehr zur Ruhe und zeigt vom ersten Tag an ihr wahres Gesicht. Gegen die Medien gibt es - trotz ohnehin regierungsfreundlicher Berichterstattung - Angriffe, DemonstrantInnen werden diffamiert und beleidigt.

VON HARALD MAHRER
SLP-BUNDESVORSTAND

Gemeinsam mit Herrn Khol bombardierte Herr Westenthaler die ORF-Sendung „Zur Sache“ mit E-Mails, weil der ORF so frech war, die beiden nicht zur Diskussion mit Neo-SPÖ-Frontmann Gusenbauer einzuladen. In vorauselendem Gehorsam verbat sich Margit Czöppan auch gleich jegliche Replik Gusenbauers auf Sendung. Ebenfalls interessant: Gusenbauer ließ sich das einfach bieten. Westenthaler setzt nach: Die ZiB 3 soll abgeschafft werden, sie brachte zu viele Informationen über den Widerstand, der Informationsintendant soll abgelöst werden, da er „unfähig“ sei, Chefredakteure sollen abgelöst werden, so sie nicht die Vorgaben aus der Wiener Kärntner Straße (Sitz der FPÖ-Zentrale) erfüllen wollen. Der ORF reagierte prompt: Er strich die Links zu Widerstands-Homepages von der ORF-Website, suspendierte Stermann & Grissmann, die sich gegen die FPÖ äußerten, erteilte dem Jugendsender FM4 „Widerstandsverbot“. Das trifft sich gut, denn geht's nach FPÖVP soll FM4 ohnehin der „Volkskultur“ weichen.

Das ist die Demokratie, die sie meinen. Die Reaktion darauf: Die „kritischen Medien“ sehen ihre Felle davon schwimmen und versuchen sich gleich zu arrangieren. Die SPÖ schweigt. Der ÖGB schläft. Was bleibt sind tausende DemonstrantInnen, die sich noch immer nicht den Mund verbieten lassen. Für Haider ist das eine „Provokation“.

EIN SCHLAG INS GESICHT DER „KLEINEN LEUTE“

Die Regierung holt zum großen Schlag ins Gesicht von Millionen Menschen in diesem Land aus: Zwangarbeit für

Arbeitslose, Zerschlagung des Pensions- und Gesundheitssystems, neue Massensteuern, Preis- und Gebührenerhöhungen, Abschaffung des freien Bildungszugangs, Milliardenkürzungen bei ArbeitnehmerInnen durch „Senkung der Lohnnebenkosten“ (Urlaubsaliquotierung, etc.) bei gleichzeitigen Steuergeschenken in Milliardenhöhe an die Unternehmer, Privatisierung von allem was nicht niet- und nagelfest ist, Streichung der Subventionen für Kinderbetreuung bei gleichzeitiger Auszahlung einer milliardenreichen Mutterschaftsprämie,...

EIN SCHLAG INS GESICHT VON MIGRANTINNEN

Auch für unsere ausländischen KollegInnen hat die neue Regierung einiges parat: Der Familiennachzug soll „abgeschlossen“ werden. Das bedeutet für die betroffenen Menschen eine Katastrophe, teils warten sie seit Jahren auf Platz für ihre Familie in der Quote. Für viele wird die Neuregelung heißen, daß ihre Familie nicht nachkommen kann. „Österreich soll zum familienfreundlichsten Land der Welt werden“, sagte Schüssel, „nur für (deutsch-)österreichische Familien“, dachte sich Haider dazu.

Die Kinder von MigrantInnen werden durch die neue 1/3-Regelung in den Schulen aus ihrem Klassenverband gerissen, müssen die Schule wechseln, werden abgedrängt. Wie gut jemand deutsch spricht, spielt da keine Rolle, die Herkunft zählt. Blut & Boden lassen grüßen. Ausländische SaisonarbeiterInnen sollen Engpässe in der Wirtschaft überbrücken helfen und sich danach wieder „schleichen“. Die StaatsbürgerInnen- schaft soll später und nur nach erfolgreich bestandenem Deutschkurs, sowie

Bei den Demonstrationen der letzten Wochen waren die Mitglieder der SLP immer mit dabei.



einem „Österreich-Kurs“ verliehen werden. Damit übertrifft die neue Regierung sogar die Schlägl-Ära bei weitem.

WIDERSTAND BIS ZUM STURZ DER REGIERUNG?

Es gibt tausend Gründe für den Sturz der Regierung, aber nur einen Weg dorthin: WIDERSTAND. Demonstrationen allein werden nicht reichen, sie können zwar die Regierung in unterirdische Gänge treiben, sie aber nicht von den Schaltthebeln der Macht verjagen. Nur Streiks in zentralen Bereichen der Wirtschaft könnten den nötigen Druck auf die Regierung und vor allem ihre Hintermänner in der Wirtschaft ausüben. Der ÖGB hätte die Macht mit Warnstreiks und Aktionstagen den Widerstand auf eine höhere Stufe zu bringen, würde er seine Mitgliedschaft mobilisieren. Doch

der ÖGB schläft. Nicht einmal zu einer Solidarisierung mit der Bewegung konnte sich der ÖGB durchringen. Der offizielle Grund lautet, dass die Gewerkschaftsfaktionen von ÖVP (FCG) und FPÖ (FA) gegen eine Unterstützung des ÖGB wären. Trotzdem solidarisieren sich sogar FCG-Funktionäre mit der Bewegung.

SELBST AKTIV WERDEN!

Wir können nicht warten bis der ÖGB aufwacht, wir müssen die Sache so weit wir können selbst in die Hand nehmen. Wir müssen uns organisieren und in Betrieben, in den „Grätzln“, an den Schulen und Universitäten eine breite Informationskampagne starten und wo möglich konkreten Widerstand organisieren. Wir müssen uns aber auch um die Alternativen selbst kümmern. Denn die

etablierten Parteien haben keine zu bieten, wie sich am Beispiel Rot-Grün in Deutschland leicht erahnen lässt. Wir brauchen eine neue politische Kraft, die klar gegen Sozialabbau und Rassismus auftritt und für eine andere, eine sozialistische Politik steht.

NETZWERK DES WIDERSTANDS

Diese Kraft wird nicht vom Himmel fallen, sie wird sich in den Kämpfen der Zukunft herausbilden, auch und gerade mit Hilfe jener Menschen, die aus dieser Bewegung den Schluß gezogen haben, sich organisieren zu müssen. Wir müssen jetzt ein „Netzwerk der AktivistInnen des Widerstands“ auf die Beine stellen. Das könnte zum Grundstein für diese neue Kraft werden und tatsächlich für viele Menschen eine neue Alternative eröffnen. Die SLP sieht sich als Teil dieses

Blau-Schwarzes Sparpaket

Gleich am ersten Tag verkündete die neue Regierung ganz ungeniert: „Wir müssen sparen!“. Wer wir sind, sollten wir bald erfahren. Zum Beispiel zählen Arbeitslose zu „wir“, Unternehmer nicht. Für Langzeitarbeitslose, und davon wir es in Zukunft mehr geben, hat die Regierung doch auch die Anhebung des Pensionsalters „versprochen“, gibt's in Zukunft den „Bürgerdienst“: Für Notstandshilfe plus 20% müssen sie gemeinnützige Tätigkeiten machen. Solche Maßnahmen setzen natürlich auch Menschen mit einer festen Anstellung in diesen Bereichen unter Druck, immer öfter werden solche „Billigsklaven“, dann wohl den „echten MitarbeiterInnen“ vorgezogen. Doch das ist noch lange nicht alles.

Seite 3

Sozialistische LinksPartei

Die neue Blau-Schwarze Regierung ist ein Zeichen für die Schwäche der organisierten Linken, ist das Ergebnis der völligen Verbürgerlichung der SPÖ. Die jetzige Widerstandsbewegung zeigt aber auch das Potential für eine neue ArbeiterInnenpartei. Mit der Gründung der Sozialistischen LinksPartei /SLP wollen wir ein Angebot an alle jene machen, die mit uns gegen diese Regierung und für eine andere, eine sozialistische Gesellschaft kämpfen wollen. Mit der Gründung der SLP setzen wir aber auch einen ersten Schritt in Richtung einer neuen ArbeiterInnenpartei. Da der Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung aber nicht nur in Österreich, sondern international geführt werden muß, ist die SLP auch international organisiert.

100 x Vorwärts!

Die vorliegende Ausgabe von Vorwärts ist die Nummer 100. Wenn sich auch viel in Häufigkeit, Format, Auflage und Layout seit 1983 geändert hat, den Themen mußten wir treu bleiben, den Grundsätzen wollten wir treu bleiben. Gerade in „Zeiten wie diesen“ brauchen wir eine Zeitung, die Unabhängig ist von der Regierung und den etablierten Parteien. Eine Zeitung, die „Sozialistisch - Antifaschistisch - International“ ist und Theorie und Praxis verbindet. Um das hundertste Vorwärts auch gebührend zu feiern:

FEST - 100 X VORWÄRTS
xx. März 2000 ab xx.00 in Wien x,

Seite 6

ndpunkt + Der Standpunkt + Der Standpunkt + Der



VON SONJA GRUSCH SLP-BUNDESPRECHERIN

Der Rücktritt Jörg Haiders als Parteivorsitzender ist alles andere als ein Rückzug. Haider tritt scheinbar ins zweite Glied, um a) den Druck von der blau-schwarzen Regierung zu nehmen und b) die Verantwortung für deren Politik nicht mittragen zu müssen. Das ermöglicht ihm, der so gerne Kanzler werden möchte (eine Leidenschaft, die er mit Schüssel teilt), aus Kärnten weiterhin als „Opposition“ aufzutreten. Damit kann sich der Millionär und Großgrundbesitzer, der für Sozialabbau steht, weiterhin als Vertreter des „kleinen Mannes“ aufspielen. Und außerdem hat er somit weiterhin die „Narrenfreiheit“ für alle möglichen und unmöglichen Sager. Schließlich ist er ja nicht mehr Vorsitzender. Haider wird auch weiterhin die Geschicke der FPÖ lenken. Vermutungen darüber, er könnte persönlich angeschlagen sein, werden sich spätestens vor der nächsten Nationalratswahl, wenn Haider als Spitzenkandidat „aufersteht“, als falsch herausstellen. Der Schattenkanzler und nun auch Schattenvorsitzende wird die FPÖ auch weiterhin auf Kurs halten. Haiders Vorgangsweise entspricht seinem Demokratieverständnis - Demokratie als Schlagwort, beliebig einsetzbar und vor allem gegen Gegner gern benutzt. Die

Was ist Demokratie?

DemonstrantInnen seien „undemokratisch“, verlautbaren Vertreter aus FPÖVP und vergessen dabei, daß demonstrieren nicht nur ein legitimes Mittel der Meinungsäußerung, sondern sogar im Staatsgrundgesetz (Artikel 12) und der Menschenrechtskonvention (Artikel 11) verankert ist. Sie halten es eben mit Gesetz und Ordnung, wie es ihnen in den Kram paßt.

Mit schier unglaublicher Arroganz diffamieren Regierungsvertreter die DemonstrantInnen - sie seien bezahlt (darf ich an dieser Stelle meine Kontonummer angeben, vielleicht überweißt mir endlich jemand das Geld: PSK 8812.733), sie seien Berufsdemonstranten (deshalb kamen die meisten auch erst um 19.00 und am Samstag auf die Demonstrationen), sie seien Randalierer (deshalb auch die vielen Kinder und die PensionistInnen).

Zum Demokratieverständnis mancher FPÖler noch ein persönliches Erlebnis: Ich erhielt einen Anruf eines FPÖ-Mitglieds. Er versuchte mich zu überzeugen, dass die FPÖ „eh super“ sei. Als ihm das nicht gelang, folgte ein zweiter Anruf: „Hier spricht die NSDAP-Salzburg. Haben Sie Ihre Gasrechnung bezahlt?“ Wen wunderts, angesichts eines (Ex- und Bald-Wieder-) Vorsitzenden, der Vernichtungslager als Straflager und Angehörige der „Waffen SS“ als „anständige Menschen“ bezeichnet. Aber Verharmloser finden sich in der neuen Regierung einige, ebenso wie Karrieristen mit Gier nach Geld & Jaguar.

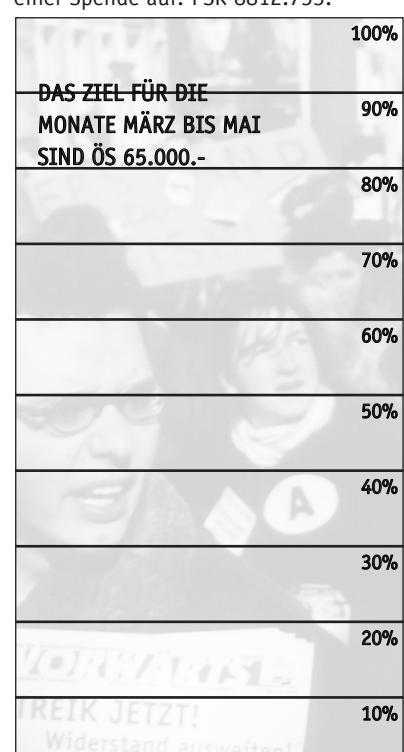
Demokratie ist wohl mehr, als alle paar Jahre ein Kreuz bei einer zweitklassigen Partei zu machen. Demokratie heißt, dass nicht eine Minderheit, sondern dass wir alle entscheiden, dass nicht Profite, sondern Bedürfnisse zählen. Demokratie heißt deshalb Widerstand!

Finanzreport

Unterstützt die SLP

Mehr als 7.500 verkaufte Vorwärts-Sondernummern und rund 10.000 verteilte Flugis. Das ist unsere Bilanz bis jetzt. Druck-, Kopier-, Material- und Fahrtkosten (für unsere internationalen HelferInnen) haben einen Teil dieser Einnahmen schon wieder verschlungen. Darum bitten wir Euch/Sie, uns auch in

Zukunft finanziell unter die Arme zu greifen. Am einfachsten geht das mit einer Spende auf: PSK 8812.733.



Impressum:
Veröffentlichung gemäß des Bundesgesetzes vom 2. Juli 1975 über die Aufgaben, Finanzen und Wahlwerbung politischer Parteien (Parteiengesetz), Artikel I, § 4:

Veränderungen in der Satzung der Partei „Sozialistische Offensive Vorwärts“ - die folgenden Punkte lauten in Zukunft wie folgt:

§1, Absatz 1) Die politische Partei führt den Namen „Sozialistische LinksPartei“ (SLP).

Daraus folgend Ersatz in allen Paragraphen und Absätzen des Statutes „SOV“ durch „SLP“.

§ 7, Absatz 1) Die SLP hält mindestens einmal pro Jahr eine Konferenz ab und hat darüberhinaus die Möglichkeit, zwischen den Konferenzen Vollversammlungen abzuhalten.

Konferenzen unterscheiden sich von Vollversammlungen vor allem dadurch, daß Wahlen stattfinden und grundlegende Dokumente diskutiert und verabschiedet werden.

Offenlegung lt. § 25 des Mediengesetzes:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), vormals Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV), 1070 Wien, Kaiserstr.14/11. Die SLP ist eine politische Partei, deren Vertretung nach außen durch die Bundessprecherin Mag. Sonja Grusch erfolgt. Die Redaktion der Zeitung Vorwärts hat Albert Kropf inne.

Grundlegende Richtung: Sozialistische Information im Sinne der Programmatik der SLP.

Auflage: entsprechend der Themen unterschiedlich

Sitz der Partei: 1070 Wien, Kaiserstr.14/11

Weiters zu 100% befindet sich im Besitz der SLP die sozialistische Gewerkschaftszeitung „Die Einheit“

Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr.23

Herstellungs- und Verlagsort: Wien

Geht die SPÖ unter Gusenbauer nach links?

„GusiPower“ für SPÖ?

Die SPÖ steckt nach Jahrzehnten an der Macht und einer kontinuierlichen Rechtsentwicklung in einer Existenzkrise. Ist der neue Parteichef Gusenbauer eine „linke Antwort“ auf Blau-Schwarz?

FRANZ BREIER JUN.
OG WIEN MITTE

Die Wellen des Protests gegen Blau-Schwarz machen auch vor den Toren der SPÖ nicht halt. Die Bewegung richtet sich auch gegen jene Politik, die auch die SPÖ jahrelang betrieb und mit der sie Haider bis an die Macht brachte. Und dieser Druck von der Straße hat die SPÖ-Bürokratie von der Wahl Schlägl („Haider bester Mann“) als neuen Chef abgehalten.

FLÜGELKÄMPFE IN SPÖ?

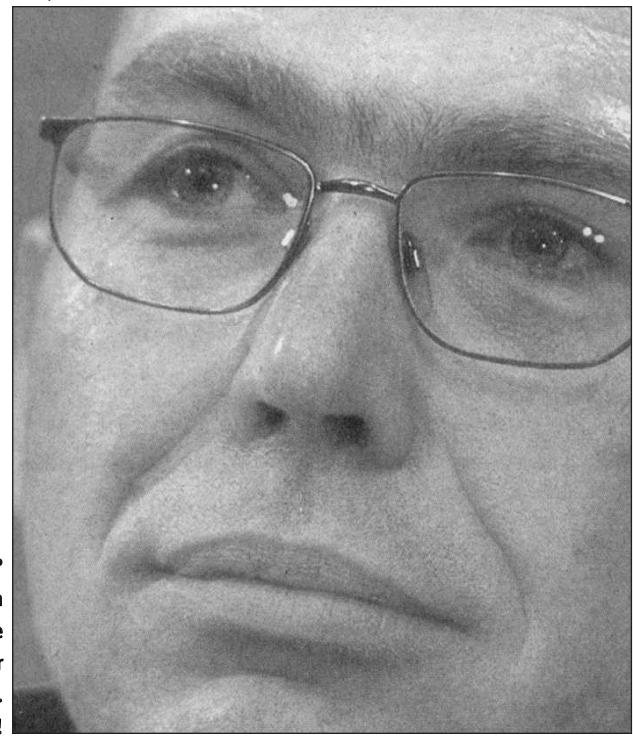
Die bürgerlichen Medien teilen Einem und Schlägl in Kategorien wie „links“ und „rechts“. Dabei geht es nicht um einen solchen ideologischen Flügelkampf, sondern um unterschiedliche Konzepte, den SPÖ-Rechtskurs weiterzuführen, ohne ins politische Nichts abzustürzen. In Wirklichkeit repräsentiert Einem die Richtung hin zu grünen und liberalen bürgerlichen Wählerschichten - ebenso inklusive endgültiger „Modernisierung“ nach Vorbild Blairs und Schröders. Mit „links“ hat das herzlich wenig zu tun. Neoliberalismus und rassistische Abschiebepraxis würden bestenfalls kosmetisch geschönt werden. Schlägl hingegen steht ebenso für die bisherige Politik mit einer stärkeren Hinwendung zur FPÖ, um „ehemalige Kernschichten“ zurückzuholen. Allerdings mit dem Anspruch, es „besser

als Haider“ zu machen. Der neue (Oppositions)Besen Gusenbauer ist eher der Mittelweg. Er stellt sich von Anfang an als guter Oppositiionsstratege heraus und ist für die Bürokratie eine Art Neustart mit Symbolwert („Berufspolitiker statt Quereinsteiger“). Er stellt aber keinen Bruch mit der Vergangenheit dar. Er bekennt sich zu „Modernisierung und Globalisierung“ (= Politik für die Unternehmer, Sozialabbau), hält am rassistischen Credo „Integration vor Nezuwanderung“ fest, steht Privati-

sierungen positiv gegenüber und spricht sich prinzipiell auch nicht gegen eine weitere Einbindung in ein Militärbündnis (WEU, NATO) aus!

NICHTS NEUES DURCH GUSENBAUER

Ins Bild paßt auch, dass die diversen bürgerlichen Kommentatoren kaum Anlaß zur Beunruhigung sehen. Ihm wird durchaus zugetraut, den Spagat zwischen Oppositiionsrhetorik und „Wirtschaftskompetenz“ zu schaffen. Somit zeigt sich die „Neuordnung“ (in) der SPÖ als bloßes Krisenmanagement und nicht als „Rückkehr zu alten Werten“ oder gar einem offenen Linksruck.



„Red Fred“?
Gusenbauer wird in
den Medien gerne
als Linksruck der
SPÖ dargestellt.
Zu unrecht!

Die neue Regierung bringt das Ende des freien Hochschulzuganges

Uni-Knock-Out

1993 segnete der Nationalrat ein Gesetz ab, dass das damals geltende von 1975 ablösen sollte. Das Universitätsorganisationsgesetz (UOG), beschloss vor allem die „Teilrechtsfähigkeit“ der Universitäten. Die Umsetzung des UOG 93 dauerte an der Universität Wien sieben Jahre – das neue Gesetz trat mit 1. Jänner 2000 in Kraft.

PIA ABEL
OG WIEN SÜD

Die Umstrukturierung bedeutete eine Aufwertung der „monokratischen Organe“ gegenüber den „Kollegialorganen“, in denen auch die Studierenden zu mindestens einem Viertel vertreten sind. Für diese gibt es in Zukunft weniger Mitspracherecht in den Angelegenheiten, die nun ausschließlich von einzelnen AmtsträgerInnen entschieden werden. Außerdem ist mit diesem Gesetz die Tür zur Finanzierung aus sogenannten Drittmitteln geöffnet worden.

Mit dieser Regelung kann die Wirtschaft ihr liebsame Fächer sponsoren, andere Fächer werden zur ewigen Armut verdammt sein. Da sich nun die einzelnen Fakultäten um die Verteilung der Gelder kümmern müssen und nicht mehr das Ministerium, bedeutet dies einen unfaires inner-universitären Verteilungskampf vor allem auf Kosten der Geisteswissenschaften.

Das blau-schwarze Regierungspaket schließt an diese bereits geschehene Entwicklung an, und holt nach dieser (zynisch bezeichnet) „Modernisierung“ zu einem neuen Schlag aus. Die „Vollrechtsfähigkeit“ ist die Umschreibung der Tatsache, dass die

Universitäten vom Ministerium nun mehr lediglich mit einem verknappten Budget ausgestattet werden und diese sich jetzt – ganz autonom natürlich – überlegen können, ob sie die Lehrinhalte noch mehr von der Wirtschaft bestimmen lassen, ob sie Posten streichen oder ob sie nach einiger Zeit Studiengebühren verlangen wollen. Sparpolitik wird sich also auf den einzelnen Fakultäten, ähnlich wie bei den Schulen, unterschiedlich auswirken.

STUDIERENDENSTREIK NÖTIG!

Diese Regierung hat aus der Uni-Streikbewegung von 1996 gelernt – aber auch wir haben gelernt. Die Voraussetzungen, neuen Widerstand auf den Universitäten zu organisieren, sind besser als zuvor. Die Bevölkerung hatte noch niemals soviel Verständnis für Kämpfe gegen diese unverhohlene Politik des Sozialabbaus. Die Studierenden sind diesmal nicht die Ersten: Die SchülerInnen haben ihnen bereits gezeigt, dass der Kampf notwendig und auch möglich ist. Die Stimmung in der Gewerkschaft brodelt trotz beschwichtiger und nicht-kampfbereiter Führung; jetzt müssen die Studierenden ihren Beitrag leisten – mit einem Uni-Streik



Die blau-schwarze
Regierung will
Studiengebühren
über die Hintertür
„Autonome Unis“
 einführen.

Wie verhält sich der ÖGB angesichts der Pläne der neuen Regierung

Bienenzüchterverein Gewerkschaft

Hans Sallmutter, Vorsitzender der Gewerkschaft der Privatangestellten – GPA, hat 1997 gemeint, dass die Gewerkschaft kein Bienenzüchterverein, sondern eine Kampforganisation sei. Im diesem Sinn hätte man/frau meinen können, spätestens wenn die SPÖ nicht mehr in der Regierung ist, ist der Weg frei für eine kämpferische Gewerkschaft. Aber sogar der Widerstand gegen das Sparpaket der blau-schwarzen Regierung beschränkt sich auch unter dem Druck der Ereignisse der letzten Wochen auf Presseaussendungen und die Mobilisierung der Funktionärsriege für Großdemonstrationen. Haben wir mit dem ÖGB den größten Bienenzüchterverein der Welt?

VON FLORIAN SEIDL,
OG WIEN NORD

Nach der Angelobung der Schwarz/Blauen Regierung haben diverse GewerkschaftsfunktionärInnen große Worte gefunden, sogar von Streiks war zu die Rede, aber diese Töne sind rasch verstummt. Seither beschränkt sich die Gewerkschaftsspitze vor allem auf das kommentieren diverser drohender Sozialabbau- und Privatisierungsmaßnahmen. Fast schon grotesk wirkt die ständige Forderung nach Verhandlungen über die Sozialabbaumaßnahmen. Die mehr oder weniger komplette Aufkündigung der Sozialpartnerschaft durch die Regierung scheinen die Sozialdemokratischen FunktionärInnen nicht wirklich begreifen zu können und wollen.

„WIR WERDEN NICHT ZULASSEN, DASS...“

Ausdruck dessen ist die Erklärung zur politischen Situation in Österreich vom 25. Februar 2000 des ÖGB, in der sich dieser klar als Garant des „sozialen Friedens“ in Österreich präsentiert. Die einzelnen Kürzungsmaßnahmen werden zwar kommentiert, aber – wenig überraschend – beschränkt sich der Widerstand auf die Ankündigung, massiv gegen die Maßnahmen aufzutreten und das nicht zu zulassen. Nun, was das heißt, kennen

wir schon zu Genüge. So wurde die Privatisierung der Ex-Verstaatlichten „nicht zugelassen“, genauso wie die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten am Samstag Nachmittag, dem Wegfall des 8. Dezembers als Feiertag im Handel, Flexibilisierung und Sparpakte zu Lasten der Beschäftigten, die „Pensionsreform“ usw.. Ja, es ist schon bemerkenswert, was der ÖGB alles nicht zugelassen hat in den letzten Jahren. Nämlich gar nichts! Das einzige, was der ÖGB wirklich bei all diesen Angriffen verhinderte, war, dass es zu echtem Widerstand unter den Betroffenen bzw. Beschäftigten gekommen ist.

STREIK?

Vermutlich werden einige Fachgewerkschaften und zeitweise sicher auch der ÖGB als solches „Widerstand“ leisten. Insbesondere dann, wenn einzelne Sozialabbaumaßnahmen beschlossen und durchgeführt werden sollen, wird es Proforma-Aktionen ohne Beteiligung der Beschäftigten und der Gewerkschaftsbasis geben. Nur das allein wird weder die Regierung gefährden noch Sozialabbau verhindern. Das Gebot der Stunde hieße für den ÖGB – wollte er die Regierung wirklich stürzen und den drohenden Sozialabbau verhindern – ganz eindeutig die Vorbereitung von Kampfmaßnahmen wie Streiks. Nur mit

einem entschlossenen Kampf, zumindest einiger wesentlicher Teile der organisierten ArbeitnehmerInnenschaft, wäre dieser Kampf gegen die Regierung zu gewinnen. Dass und wie so etwas geht, haben die Beispiele aus Frankreich und Italien gezeigt. Aber nicht nur diese Beispiele – auch die Weigerung des FSG-Vorsitzenden Nürnbergers, das vorgeschlagene rot/schwarze Regierungspaket zu unterschreiben, zeigt was auch nur auf einen Fingerzeig der Basis hin möglich ist. Nürnberger – bekanntlich nicht unbedingt ein Linker – hat diesen Schritt sicher nicht freiwillig getan. Die Angst vor einer drohenden Austrittswelle hat den ÖGB zu so einem weitreichenden Schritt gezwungen.

FEHLENDE TRADITIONEN

Natürlich ist es nicht nur der ÖGB, der am Ausbleiben von Streiks in der aktuellen Bewegung schuld ist. In Österreich fehlt weitestgehend jede Tradition von gewerkschaftlichem Widerstand, erst recht was politische Streiks anbelangt. Der Mangel an solchen Traditionen und Erfahrungen und auch an einer Schicht von ArbeitnehmerInnen, wie den EisenbahnerInnen und den Öffentlich Bediensteten in Frankreich oder Italien, die eine Vorreiterrolle im Kampf übernehmen können, lässt einen, noch dazu politischen, Streik in Österreich im Moment unrealistisch erscheinen.

WIDERSTAND ORGANISIEREN

Gerade deshalb müssen wir – als SozialistInnen, als aktive GewerkschafterInnen, als ArbeitnehmerInnen – für eine Wiederbelebung dieser Traditionen, für die Rückkehr des politischen Kampfes in die Betriebe und auf die Straße stehen. Die Bewegung der letzten Wochen hat

gezeigt, was auch in Österreich möglich ist. Der entschlossene Widerstand Zehntausender straft alle diejenigen Lügen, die eine Politisierung in Österreich für unmöglich gehalten haben. In dieser Situation müssen wir dafür stehen, dass

Politik, nicht verlassen können und dürfen, brauchen wir eine neue, eigene Organisation. Der Kampf gegen die neue Regierung muß der Kampf für eine andere, sozialistische, Politik werden, nicht der um einen rosaroten Sozialabbau, wie



Am 19.2. waren
viele KollegInnen
aus der Gewerkschaft
auf der
Demonstration - nun
müssen sie dem
Beispiel der
SchülerInnen
folgen.

auch gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen, daß Streiks als ein politisches Mittel „wiederentdeckt“ werden. Um aber in den Betrieben Politik machen zu können, um die Grundlage zu schaffen für Kampfmaßnahmen, ist die Organisation auch abseits des ÖGB unerlässlich. Gerade weil wir uns auf die etablierten Parteien, in diesem Zusammenhang insbesondere auf die SPÖ und ihre opportunistische

ihm ein Rudolf Nürnberger oder Fritz Verzetsnisch führt. Nur ein organisierter Widerstand in- und außerhalb des ÖGB, zum Beispiel in der Form von Betriebskomitees, aber auch in einer neuen Partei für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche, die unseres Erachtens zur Notwendigkeit geworden ist, kann die Grundlage für den gewerkschaftlichen Kampf gegen diese Regierung und den

Schwarz & Blau = Rassismus & Sozialabbau

Das Paket des Grauens

Unter Schlagwörtern wie „Starke Demokratie“ oder „Neue soziale Gerechtigkeit“ hat die blau-schwarze Regierung ihr Programm vorgestellt. Was darunter wirklich zu verstehen ist, wissen wir spätestens seit den Streitereien um das Budgetdefizit: Sozialabbau an allen Ecken und Enden, garniert mit einem starken Polizeistaat.



VON KARIN WOTTAWA,
OG WIEN MITTE

Das Regierungsprogramm besteht aus 15 Punkten: Außen- und Europapolitik, Starke Demokratie, Neuer sozialer Gesellschaftsvertrag, Innere Sicherheit und Integration, Bildung und Sport, Wissen-

schaft und Forschung, Stärkung des Wirtschaftsstandort Österreich, Leistungsfähiger Staat, Bundesstaat, Umweltpolitik, Kunst und Kultur, Medienentwicklung, Justiz, Sicherheitspolitik, Bundesheer, Budgetpolitik. Viele schöne Worte, doch der Teufel steckt im Detail.

reicht von der geplanten Privatisierung verstaatlichter Betriebe bis zur Aufwertung der privaten Pensionsvorsorge. Da kommt die Panikmache über die Unfinanzierbarkeit unseres Pensionssystems gerade recht. Gleichzeitig ist im Regierungsprogramm noch vorgesehen, dass es statt eines

Kollektivvertrags „Betriebslösungen geben“ soll. Der Druck auf die ArbeitnehmerInnen soll damit noch weiter verschärft werden. Aber auch diese Drohung konnte bis jetzt die Gewerkschaft noch nicht aus ihrem Winterschlaf wach rütteln.

EIGENVERANTWORTUNG

Die Kombination dieser Maßnahmen ist teuflisch. Den Möglichkeiten der Unternehmer, die ArbeiterInnen in den einzelnen Betrieben gegeneinander auszuspielen und innerbetrieblichen Druck auszuüben, sind somit fast keine Grenzen mehr gesetzt.

Gerade im Handel sind auch noch weitere Flexibilisierungen geplant. Die Regelung, dass jeder zweite Samstag frei sein muß, wird fallen und die

Wochenöffnungszeit wird von 66 auf 72 erhöht. Weiters setzt die Regierung auf eine Einschränkung der Gesundheitsleistungen. Größter Brocken ist hier die bereits diskutierte 20% Hürde der Selbstbehalt der Krankenkassen. Eine ambulante Geburt würde dann ca. 6000,- Schilling kosten. Dazu sollen in Zukunft mehr Medikamente rezeptfrei sein. Das bedeutet, dass die Patienten in Zukunft mehr aus der eigenen Tasche zahlen müssen.

Dazu kommen noch die sogenannten „Teilkrankenstände“, was einzig und allein dazu führen wird, dass der Druck

auf Erkrankte im Betrieb zu bleiben steigen wird.

FAMILIEN- STATT FRAUENPOLITIK

Die Stärkung der „heiligen Kuh“ Familie gleichzeitig mit einer Rückdrängung von Fraueninteressen ist ein weiterer Kernbereich. Unter dem Titel „Den Familien mehr Wahlfreiheit ermöglichen“ spannt sich der Bogen hier von einer geplanten Verankerung der Familie in der Verfassung bis zum Karentgeld für alle. Verbunden ist das ganze mit entsprechenden Kürzungen bei Kinderbetreuungseinrichtungen bzw. den Gemeinden, die diese finanzieren. Der Versuch, „zurück an den Herd“ zu belohnen und werktätige Frauen zu bestrafen, zieht sich wie ein roter Faden durch dieses Kapitel.

UND SO WEITER

Weitere Punkte sind eine Verschärfung der Migranten- und Minderheitenpolitik und der Justiz- und Innenpolitik (Lauschangriff und Rasterfahndung), höhere Rüstungsausgaben (Kauf von neuen Abfangjägern), der geplante Abbau von Beamten, mögliche Studiengebühren und die Anhebung der Beitragssätze zur Pensionsversicherung sowie damit einhergehend die Erschwerung in Frühpension zu gehen. Alles in allem, wie wir sehen können, ein

Sozialistischer Widerstand - Jetzt aktiv w...

Seit Wochen dauern nun schon die Proteste und Demonstrationen gegen die blau-schwarze Regierung an. Rund 300.000 am 19.02. trotz schlechtem Wetter am Ballhausplatz, tags zuvor der Streik zehntausender SchülerInnen gegen Sozialabbau und Rechtsruck, über 12.000 zum Auftakt der wöchentlichen Donnerstags-Demonstrationen am 24. Februar und eine Regierung, die durch einen unterirdischen Geheimgang zur Angelobung gehen musste. Österreich ist in Bewegung geraten. Alle die, die an ein „Gemütlichkeits-Gen“ geglaubt haben, werden eines Besseren belehrt. Die österreichische Gesellschaft betritt nach fast 50-jähriger Abstinenz wieder die Bühne der offenen sozialen Auseinandersetzungen.

VON SONJA GRUSCH UND JOHN EVER

Diese Bewegung ist groß- und einzigartig. Seit Jahrzehnten gab es keine solche Politisierung breiter Bevölkerungsschichten mehr. Für viele der DemonstrationsteilnehmerInnen ist es das erste Mal, dass sie auf die Straße gehen, um zu ihrer politischen Meinung zu stehen. Menschen, viele davon MigrantInnen, winken den Demonstrationszügen aus den Fenstern zu oder applaudieren am Straßenrand. Die spärlichen Versuche und Kundgebungen der Regierungsunterstützer wirken dagegen lächerlich: Bei den größten waren 50 rechtsextreme Burschenschaften auf dem Ballhausplatz. Und trotzdem müssen wir uns die Frage stellen, ob es uns tatsächlich gelingen kann, die Regierung zu stürzen. Dass Massenproteste das erreichen können, zeigen uns die Beispiele aus Italien und Frankreich Mitte der 90er Jahre. In Italien z.B. wurde die rechtsextreme Berlusconi-Regierung durch Massendemonstrationen und -streiks zu Fall gebracht. Dort, wie auch in Frankreich, waren es mitunter Gewerkschaften, die bei der Organisierung des Widerstandes eine zentrale Rolle gespielt haben. Damit stellt sich natürlich die Frage nach dem Verbleib des ÖGB in dieser Bewegung: Er ist kaum existent (siehe Artikel Seite 3). Wie diese Bewegung weiterverlaufen, und ob sie letztlich erfolgreich sein wird, können wir jetzt nicht vorhersagen. Was wir aber tun können, ist, diese Bewegung mit anderen zu vergleichen, um so zu erkennen, was notwendig wäre, um diese Regierung zu Fall zu bringen.

Eines ist aber auf jeden Fall klar: Ob die Regierung gestürzt wird oder nicht, Österreich wird nach dieser Bewegung nicht mehr dasselbe sein wie vorher. Es ist vorbei mit dem Scheinfrieden und mit

und des „Stabilitätspakts“, für Privatisierung und Sozialabbau. Sie hat die Politik gegen ausländische KollegInnen vorangetrieben und damit den Boden aufbereitet, auf dem die FP ihre „Überfremdungs“-Propaganda betreiben konnte. Bis heute weigert sich die SP-Gewerkschaftsfaktion trotz Beschlüssen von Gewerkschaftstagen, den ausländischen KollegInnen die gleichen Rechte zu geben. Sie dürfen zwar einen Betriebs- bzw. Arbeiterkammerrat wählen, aber sich selbst nicht dafür aufstellen lassen. Das ist zutiefst undemokatisch, unsolidarisch, rassistisch und durch nichts zu entschuldigen! Die Grünen setzen mit dem Versuch, enttäuschte ÖVP-Wähler zu gewinnen, ihren Rechtsruck weiter fort. Auch sie spielen in der Bewegung gegen diese Regierung keine große Rolle. Die „theoretische“ Rechtfertigung lautet dann, dass man/frau eben nicht will, dass die Bewegung parteipolitisch vereinnahmt wird. Schließlich will man/frau sich ja sowohl der SP als auch VP-KernwählerInnen schichten als regierungsfähige Partei präsentieren. Eine zu starke Präsenz auf der Straße wirkt da eher störend als fördernd. Und so überlässt man/frau das Demonstrieren der jetzt auch bei uns entdeckten „Zivilgesellschaft“ – was immer das auch sein mag – und widmet sich lieber „Scheingefechte“ im Parlament. Und trotzdem werden, wie bei der letzten, auch bei kommenden Wahlen zweifellos hunderttausende Menschen diese beiden Parteien wählen. Viele sicherlich mit dem Vorwand des „taktisch Wählens“ – sprich das kleinste Übel wählen, um Schlimmeres zu verhindern. Das hat vor allem der SPÖ bei den vergangenen Wahlen zigtausend Stimmen beschert, doch was hat es gebracht? Hat es die

zeigt, dass es zur Zeit auf Wahlebene für viele Menschen keine wirkliche Alternative mehr gibt. Was wir brauchen ist eine neue Partei, die für die Interessen der ArbeitnehmerInnen, PensionistInnen und Arbeitslosen, der Frauen, Jugendlichen und ImmigrantInnen eintritt – also eine neue ArbeiterInnenpartei!

Eine solche Partei mitaufzubauen ist seit langem unser Ziel. Wir schreiben aber nicht nur über die Notwendigkeit dieser neuen Partei, sondern haben auch in den letzten Jahren nichts unversucht gelassen, um die möglichen Ansätze für eine breitere linke Zusammenarbeit zu nutzen. Wir haben gemeinsam mit der KPÖ bei den EU-Wahlen 1996 kandidiert und



uns am Aufbau der „Unabhängigen GewerkschafterInnen (UG)“ beteiligt. Der weitere Kurs der KPÖ und die immer stärkere Anlehnung der UG an die Grünen haben die Zusammenarbeit eingeschränkt. Heute kämpfen wir gemeinsam mit dem Gewerkschaftlichen Linksblock (GLB) für einen kämpferischen und demokratischen ÖGB und kandidieren gemeinsam zu den Wiener Arbeiterkammer-Wahlen.

DIE SOZIALISTISCHE LINKSPARTEI SLP
Die SLP ist nicht vom Himmel gefallen. Sie ist eine noch sehr junge Partei, die erst am 30. Jänner 2000 von Mitgliedern und AktivistInnen der „Sozialistischen Offensive Vorwärts“ gegründet wurde. Wir waren der Ansicht, dass gerade im Blickwinkel stärkerer sozialer Auseinandersetzung eine sozialistische Partei dringend notwendig ist und dass jene Menschen, die gegen diese Regierung aber auch gegen das zugrundeliegende System kämpfen wollen, sich organisieren müssen. Wir streben derzeit als ein-

viele Gesichter haben und reicht von gemeinsamen lokalen Anliegen bis hin zu Kandidaturen bei Wahlen. Als ein erstes Ziel haben wir uns daher eine Kandidatur zu den wiener Gemeinderatswahlen 2001 gesetzt. Es wird sicher nicht einfach, die notwendigen Unterstützungserklärungen für eine Kandidatur zu sammeln, aber gemeinsam können wir es schaffen. Wir laden daher jede/n ein, mit der SLP gemeinsam für eine Kandidatur gegen Sozialabbau und Rechtsruck links von SP und Grüne zu kämpfen. Obwohl die SLP noch so „jung“ ist, kann sie auf eine lange Tradition an politischer Arbeit zurückblicken. Nach dem Zusammenbruch des Stalinismus in Osteuro-

organisiert.

SOZIALISTISCHE POLITIK FÜR EINE ANDERE GESELLSCHAFT

Die stärkste rechtsextreme Partei Europas, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und bis zu 1 Million Menschen, die von Armut bedroht sind: so sieht die Realität in Österreich aus. Probleme, gegen die es aktiv zu werden gilt. Die Mitglieder der SLP waren auch schon in der Vergangenheit an einer Reihe von Bewegungen, Kampagnen und Initiativen beteiligt. Wir führen seit bald zwei Jahren eine Kampagne zur Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn. Denn nur eine Aufteilung der Arbeit auf alle kann das Problem Arbeitslosigkeit

»Ich bin der SLP beigetreten, weil ich als Arbeitnehmer in einem staatlichen Betrieb aktiven Widerstand gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ leisten möchte!«

Valentin Paula, 22, Angestellter

pa 1989-91 haben viele den Kopf in den Sand gesteckt und vor der neoliberalen Offensive kapituliert. Wir haben genau das Gegenteil getan und haben Mitte der 90er die „Sozialistische Offensive Vorwärts“ als Gegenstück zur Defensive breiter Teile der Linken und Gewerkschaft gegründet. Wir standen und stehen für aktiven Widerstand von links gegen Sozialabbau und Rechtsruck auf allen Ebenen, wir wollen eine neue ArbeiterInnenpartei und Bewegung in Österreich und international aufbauen und sehen die Gründung der SLP als Schritt in diese Richtung. Internationalismus ist für uns kein Wort für Sonntagsreden: Gemeinsam mit unseren Schwesternparteien in über 30 Ländern sind wir im „Komitee für eine ArbeiterInneninternationale“ (KAI/CWI)

wirklich bekämpfen. Wir haben bereits nach den Wahlen vom 3. Oktober damit begonnen, einen Schulstreik im Falle einer Regierungsbeteiligung der FP vorzubereiten: der Streik vom 18. Februar war von uns, gemeinsam mit der SchülerInnenakitions-Plattform – SAP und Jugend gegen Rassismus in Europa – JRE, ins Leben gerufen worden. Wir waren beteiligt an den Bewegungen gegen Sozialabbau Mitte der 90er und waren sowohl an der Besetzung der SPÖ-Zentrale 1996 wie des Sozialministeriums heuer maßgeblich beteiligt. Wir setzten uns für jede Verbesserung und gegen jede Verschlechterung der Lebenssituation der breiten Bevölkerungsmehrheit ein: für bessere Sozialleistungen und Löhne und gegen Rassismus und Sexismus. Als SozialistInnen sehen wir aber auch,

»Ich bin der SLP beigetreten, weil ich es für sehr wichtig halte, aktiv etwas gegen die jetzige Regierung und vor allem gegen die ständig herrschende Unterdrückung und Diskriminierung der Frauen zu unternehmen.«

Maria Hörtner, 18, Schülerin

der Passivität. Diese und kommende Regierungen werden einem neuen Selbstbewußtsein und neuer Aktivität gegenüberstehen.

FÜR EINE NEUE ARBEITERINNENPARTEI
Die SPÖ ist durch ihre jahrzehntelange Sozialabbau-Politik nicht nur verantwortlich für den Aufstieg der FPÖ, sondern hat ihr auch jetzt außer „parlamentarischer Geschäftsordnungstricks“ nichts entgegenzusetzen. Sie steht ebenso für die Erfüllung der „Maastrichtkriterien“

Linke gestärkt oder gar eine neue tatsächliche Opposition hervorgebracht? Nein, das Resultat ist niederschmetternd: eine blau-schwarze Regierung! Nicht Begeisterung für die Politik dieser Parteien zeichnet die meisten WählerInnen aus, sondern Alternativlosigkeit. Andere wiederum ziehen daraus den Schluß, gleich gar nicht mehr wählen zu gehen. Rund 300.000 NichtwählerInnen gaben an, sich deswegen der Stimmabgabe entzogen zu haben, weil es keine Partei gab, die sie hätten wählen können. All das



Trommeln allein reicht' nicht!
Organisier' Dich!
Werde Mitglied bei der SLP!

erden - Jetzt beitreten!

daß das allein nicht reicht. An jedem einzelnen Tag des 20. Jahrhunderts hat der Kapitalismus, das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem in dem wir leben, bewiesen, daß es unfähig ist, der Mehrheit der Menschen ein menschwürdiges Leben zu bieten. Kapitalismus bedeutet Kriege, Arbeitslosigkeit, Elend, Hunger und Vertreibungen, bedeutet Ausbeutung und Unterdrückung. Und gerade heute sehen wir, dass auch der langanhaltende Aufschwung nach dem 2. Weltkrieg nicht die Normalität, sondern die Ausnahme war. In vielen europäischen Ländern konnte in dieser Zeit der Lebensstandard vieler Menschen erhöht werden. Der Preis dafür war aber hoch. Einerseits waren die Sozialleistungen – vor allem in Österreich (Kreisky-Jahre) – mit einer hohen Staatsverschuldung verbunden und andererseits waren es keine Reformen auf Dauer. Gerade in den 80er und 90er Jahren mußten die Menschen mitansehen, wie eine Reform nach der anderen – und damit Sozialleistungen – wieder gestrichen wurde. In nur wenigen Jahren wurde so in Ländern wie Britannien oder Schweden, der Sozialstaat völlig demontiert. Ein weiterer Punkt dabei ist, dass diese Reformen nur auf die Staaten der sogenannten „1. Welt“ reduziert waren. Damit hieß es für die Mehrheit der Menschen, auch während dieser Zeit einen täglichen Kampf ums Überleben zu führen.

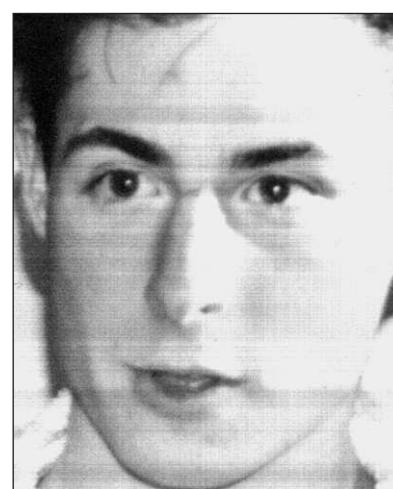
wieder mit den Ideen des Sozialismus auseinandersetzen. Eben weil der Kapitalismus seine Unfähigkeit tagtäglich beweist, wird die Notwendigkeit einer Alternative immer dringender.

AKTIVITÄT STATT STELLVERTRETERPOLITIK

Die Zweite Republik war von Stellvertreterpolitik dominiert. SPÖ und ÖGB als Stellvertreter der ArbeitnehmerInnen, bei denen die Mitglieder zu bloßen Beitragszahlern degradiert wurden. Haider als Stellvertreter für Unzufriedenheit und Opposition und nun Organisationen wie die „Demokratische Offensive“, die zwar viele Menschen auf die Demonstrationen mobilisiert, darüberhinaus aber keine Möglichkeit zur Mitarbeit bietet. Die SLP sagt einem Politikverständnis à la „Wir richten das schon für euch“ den Kampf an. Wir lehnen diese Politik der „Grünen Tische in irgendwelchen Hinterzimmern“ entschieden ab. Wir sind überzeugt, dass echte Veränderungen nur durch breite Aktionen und Widerstand von unten möglich sind. Niemand anderes hat das Recht, über unsere Zukunft zu entscheiden als wir selbst. Darum wollen wir gemeinsam mit den Betroffenen für ihre und unsere Interessen kämpfen. So wie z.B. bei der Kampagne gegen den Terror der Abtreibungsgegner von Pro Life ebenso wie gegen die Privatisierungspolitik in den

Parlaments, lebt dieses Prinzip und liefert als einziger Parlamentarier den größten Teil seines Einkommens Monat für Monat ab, um damit politische Arbeit zu finanzieren.

Linker Widerstand muss sichtbar sein: Die Mitglieder der SLP vertreten sozialistische Ideen nicht nur im „stillen



Premier Aznar führt die ehemalige faschistische Partei Francos an und die bayerische CSU, Schwesterpartei der CDU, hat schon lange Sympathien für die FPÖ. Diese Parteien und Politiker sind keine Verbündeten im Kampf gegen Rassismus und Sozialabbau. Verbündete gibt es aber – nämlich jene Menschen, die selbst betroffen sind; von der Politik all dieser Regierungen, die ArbeitnehmerInnen und

DIE PRINZIPIEN DER SLP

Die Gründung der SLP ist ein Angebot an Menschen, die sehen, dass Demonstrieren allein noch nicht reicht, die sich längerfristig organisieren wollen oder aber auch an andere linke Organisationen zur Zusammenarbeit. Bei der SLP kann jede und jeder mitmachen, der unsere politischen Ideen und Ziele teilt und bereit ist, sich aktiv an unserer

»Meinen Entschluß der SLP beizutreten habe ich mir nicht leicht gemacht, doch denke ich nach langer Beobachtung, daß sie in die richtige Richtung stößt. Für mich ist daher der Punkt gekommen, die Arbeit der Partei aktiv und bekennend mitzutragen.«

Sascha Pirker, 17, Schüler

tagtäglichen Arbeit zu beteiligen. Konkret heißt das die Teilnahme an unseren Ortsgruppen sowie die Mitarbeit an Kampagnen aber vor allem die Beteiligung an den Diskussionen in der Partei. Wir sind eine demokratische Partei, in der Perspektiven und Forderungen diskutiert und gemeinsam umgesetzt werden. Neben den Ortsgruppen als wöchentlich stattfindende Treffen für alle Mitglieder gibt es noch den Bundesvorstand, der von der Konferenz alle 12 Monate gewählt wird. Die Mitglieder des Bundesvorstandes haben verschiedene Aufgabenbereiche –

Frauenpolitik, Gewerkschaftsarbeit, Jugendarbeit, Ausbildung, etc. – und treffen sich ca. alle 4 Wochen. Sie sind den Mitglieder und der Partei rechenschaftspflichtig und können auch abgewählt werden, wenn sie ihre Aufgaben nicht oder falsch erfüllen. Da wichtige Entscheidungen oft sehr kurzfristig getroffen werden müssen und es außerdem noch jemanden braucht, der die fortlaufende Arbeit koordiniert, wählt der Bundesvorstand eine Bundesleitung. Sie trifft sich mindestens einmal in der Woche und auch für sie gilt Rechenschaftspflicht und jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit.

Unsere tagtägliche Arbeit bildet eine Verbindung von grundsätzlicher „theoretischer“ Arbeit mit den praktischen, täglichen Aufgaben. „Warum gibt es in einer Klassengesellschaft Frauenunterdrückung“ ist die Grundsatzfrage, ohne die sozialistische Frauenpolitik nicht möglich ist. „Warum hat sich in der Sowjetunion nach der ersten erfolgreichen sozialistischen Revolution eine stalinistische Diktatur entwickelt“ – ohne die Untersuchung dieser Frage, kann der Kampf für eine sozialistische Zukunft nicht geführt werden. „Wo ist die Verbindung von Rassismus und Sozialabbau“ ist die zentrale Frage der jetzigen Bewegung, ohne deren Beantwortung keines der Probleme gelöst werden kann. Um für die konkrete Arbeit gerüstet zu sein, ist daher grundsätzliche Arbeit für uns wichtig.

BEI DER SLP MITMACHEN

Bist Du neugierig geworden? Siehst Du auch die Notwendigkeit für längerfristige Organisierung. Willst Du gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Sozialabbau und Rassismus aktiv werden?



Die SLP war von Beginn an ein wichtiger Bestandteil der Widerstandsbewegung!

Wir sind davon überzeugt, dass lediglich Reformen dieses System nicht verändern werden. Alle Verbesserungen, die erreicht wurden, werden gerade jetzt wieder rückgängig gemacht. Nur der Sturz des Kapitalismus und die Errichtung einer Gesellschaft, die sich an Bedürfnissen und nicht an Profiten orientiert, einer sozialistischen Gesellschaft, kann der Menschheit eine Zukunft sichern. Sozialismus bedeutet eine demokratisch organisierte Gesellschaft auf allen Ebenen. Für viele Menschen hat das Wort „Sozialismus“ einen schalen oder negativen Beigeschmack. Sie denken entweder an die Politik der SP, die sich erst anfang der 90er in „Sozialdemokratische Partei“ umbenannte oder an die stalinistischen Diktaturen im ehemaligen Ostblock. Beides hatte mit Sozialismus nichts zu tun. Die SP war eine klar kapitalistische Partei und in den Staaten des ehemaligen Ostblocks herrschte nicht das Volk, sondern eine Bürokratie, die sich auf Kosten der arbeitenden Masse bereicherte. Und trotz dieser Vorurteile sehen wir in letzter Zeit, dass sich immer mehr Menschen

80er Jahren und gegen den Bildungsabbau in den 90er Jahren. Das Potential für solche Auseinandersetzungen hat sich nun durch die blau-schwarze Regierung vervielfacht. Zehntausende Menschen haben begonnen, aktiv zu werden, Initiativen zu setzen und sich zu organisieren. Die zahllosen selbstgemalten Tafeln und Transparente auf den Demonstrationen sind ein sichtbares Zeichen dafür. Nicht „für“, sondern „mit“ diesen Menschen will die SLP politische Arbeit betreiben. Wir sind keine „sozialistischen Stellvertreter“, sondern eine Partei, bei der man/frau mitmachen kann und soll. Dass die Demonstrationen allein nicht ausreichen werden, wird immer offensichtlicher – längerer, härterer und organisierter Widerstand ist nötig.

Wir können keine Privilegien anbieten; dafür unsere Unterstützung und die Überzeugung, dass es sich lohnt, sich auf die Beine zu stellen und für seine Rechte einzutreten. Wir haben für uns festgelegt, dass niemand, der ein politisches Mandat

Kämmerlein“, sondern, etwa durch die Zeitung „Vorwärts“, am eigenen Arbeits- und Ausbildungsplatz, in der Schule und Uni, bei Freunden und im Wohnbereich. Es ist unser Ziel, die KollegInnen gegen Sozialabbau und Rechtsruck, gegen politische Mißstände und Ungerechtigkeiten nicht nur zu informieren, sondern v.a. auch zu mobilisieren. Die Arbeit vor Ort steht in Verbindung mit dem Aufbau einer neuen Partei und einer sozialistischen Alternative.

INTERNATIONALISMUS

Rechtsruck und Sozialabbau sind keine österreichischen Phänomene, sondern internationale Probleme. Die Krokodilstränen und scheinheiligen Appelle diverser EU-Staaten und -Politiker nehmen wir daher auch nicht ernst. In Frankreich und Belgien gibt es mit der „Front National“ und dem „Vlaams Blok“ auch starke rechtsextreme Parteien, in Deutschland und Britannien gibt es ebenso Rassismus und werden AsylbewerberInnen abgeschoben und in Italien und Schweden gibt es ebenso Sozialabbau. Spaniens

Fusion AOL & Time Warner

Schöne neue Medienwelt

Aus der größten Fusion der Wirtschaftsgeschichte zwischen dem Internetgiganten AOL (America Online) und dem weltgrößten Vertreter der „alten Medien“ Time Warner entsteht ein Medienkonzern mit einem Börsenwert von 350 Mrd. Dollar. Erstaunlich ist der Wert, den das „neue“ Medium Internet erzielt, AOL hält 55% der neuen Gesellschaft und kauft demnach ein Time Warner – Volumen im Wert von 190 Mrd. Dollar.

PAUL-REZA KLEIN,
OG WIEN NORD

Time Warner war der größte Vertreter der „alten“ Medienwelt. Er vereinte: Fernsehen (CNN, div. Kabelfernsehkanäle und -infrastruktur), Film (Warner Bros.), Printmedien (Time Magazine,...), Bücher (Time-Life Books) usw. Der derzeit interessanteste Bereich von Time Warner ist das Musikgeschäft. Warner Music fusioniert ihreszeichens mit der Britischen EMI-Gruppe und setzen sich mit 25%

erseits eine weitere Monopolbildung in der Medienwelt und andererseits der steigende Weg des Internets zum alles beherrschenden mehr oder weniger interaktiven Massenmedium. Die in jeglicher Hinsicht kommerzielle Ausschlachtung wird ihren Schatten auch auf die so oft gepräsene Unabhängigkeit der bürgerlichen Medien werfen. Dazu ein kleiner Denkanstoß: Unter Time Warner sind die wichtigsten der amerikanischen Nachrichtendienste vereint, wie z.B. CNN, Time und People. In Zukunft wird es also



Die Giganten-Hochzeit bringt gigantische Dominanz

Marktanteil an die Spitze im Musikmarkt. Zusammen haben beide Konzerne 2500 Musiker unter Vertrag, die jährlich 8 Mrd. Dollar einspielen.

INTERNET GOES CLASSIC

America Online hat es als erstes Internet-Unternehmen geschafft, einen Partner aus den traditionellen Bereichen zu übernehmen. Als Internetprovider groß geworden, übernahm AOL CompuServe und die Softwarefirma Netscape samt wertvoller Portalsite und machte sich zum größten Provider mit 22 Millionen Kunden. Einer der Hauptgründe für die Übernahme ist für AOL-Chef Chase die Angst vor einem Crash der extrem hoch bewerteten Aktien von Internetfirmen wie AOL.

ALL IN ONE

Das neue Medienkonglomerat heißt ein-

verstärkt heißen „Objektivität ade“. Die jetzt schon zweifelhafte Art, Medieninhalte zu präsentieren wird auch im Internet dominieren. AOL hat dazu mit seinen Startseiten und exklusiven Bereichen bereits die besten Voraussetzungen.

TOLLE AUSSICHTEN

Allein die Vorstellung einer Kriegsberichterstattung plus passendem Film, der uns zeigt, wie moralisch gerechtfertigt der Krieg ist, natürlich mit der entsprechenden kritischen Distanz, garniert mit Hintergrundskandalgeschichten in diversen Magazinen (alles aus einem Haus), schlägt auf den Magen. Natürlich sind diese Zusammenhänge nicht neu – Aber AOL Time Warner stellt eine neue Dimension dar. Letztlich zeigt das ganze, was für eine Perspektive auf uns bezüglich Medienvielfalt und „objektiver Berichterstattung“ zukommt.

Keine Abo-Karte mehr?



Du kannst uns auch
fernmündlich bzw.
fernscriptlich erreichen!

Sozialistisch, antifaschistisch, international!

100 x „Vorwärts!“

Äußerlich hat sich viel verändert seit dem ersten „Neuen Vorwärts“. Vom unregelmäßig erscheinenden, zusammengestückelten, tlw. handgemalten Kleinformat der „Marxisten in der SJ“ zur unabhängigen (bei uns stimmt’s!) Monatszeitung mit fixen Rubriken und tollem Layout. Inhaltlich sind wir unsern Grundsätzen und einer Reihe von Themen über all die Jahre treu geblieben.

LISA DUMHS

OG
WIEN SÜD

SOZIALISTISCH!

Angefangen hat es 1983 mit Linken in der SJ. Um ihre Forderungen für eine sozialistische Politik der SPÖ, für einen kämpferischen ÖGB und ihre Kritik an der Führung und der Regierungspolitik der Partei und der Gewerkschaft zu verbreiten, haben einige Linken begonnen, das Vorwärts herauszugeben. Kampf gegen Privatisierungen und Sozialabbau sind seither Dauerthemen, ausführliche Artikel zur Geschichte der ArbeiterInnenbewegung und zu theoretischen Themen (von der Nationalen Frage bis zum Recht auf Abtreibung) ein Fixpunkt in jeder Ausgabe.

Außenpolitische Themen zu diskutieren, Situationen marxistisch zu analysieren und zu erklären, wie sie zu lösen wären, ist selbstverständlich. Aber wir bieten mehr: Via CWI, können wir oft über das



Das Gesicht des „Vorwärts“ hat sich öfters geändert – die Prinzipien werden sich nicht ändern.

ANTIFASCHISTISCH!

Zentral ist der Kampf gegen Rassismus und Faschismus. Zahllose Artikel, Sondernummern und auch eigene Broschüren produzierten wir zu FPÖ, und neue/ alte Rechte, ausführlich informierten wir über diskriminierende Ausländergesetze, die generelle Situation von MigrantInnen und „braune Flecken“ in Österreich und, natürlich, über den Kampf dagegen.

INTERNATIONAL!

SozialistInnen können sich natürlich nicht auf „ihr eigenes Land“ beschränken.



berichten, was nicht in österreichischen Medien zu finden ist: Über den Kampf der SozialistInnen in allen Ländern. Vom gemeinsamen Kampf von Protestanten und Katholiken gegen separatistische Gewalt und Politik in Nordirland, vom Streik der LehrerInnen in Mexiko gegen die NAFTA, vom gemeinsamen Auftreten von Menschen in Pakistan, Kaschmir und Indien gegen den Profilierungsdrang der beteiligten Regierungen und Militärs.

THEORIE & PRAXIS

Die Geschichte der Zeitung ist gleichzeitig die Geschichte der SLP. Wir produzieren die Zeitung



der jedeR schreibt, was ihr/ ihm gerade so in den Sinn kommt, sondern immer das Ergebnis intensiver Diskussion über die behandelten Themen. Aber nur über Probleme diskutieren und schreiben ist auch zu wenig. Das Vorwärts war immer eine Aufforderung an jedeN einzelnen selbst aktiv zu werden, ob in der Schule oder am Arbeitsplatz, ob in der Gewerkschaft oder (am allerbesten!) in der SLP!

FEST: 100 X VORWÄRTS DAS FEST

XX. MÄRZ AB XX UHR

XY, XX WIEN, XYGASSE XX

VORWÄRTS ABONNIEREN JETZT!



kalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltung

Die SLP-Treffpunkte:

WIEN-WEST: Jeden Dienstag um 19 Uhr Club International, 16, Payerg. 14

WIEN-MITTE: Jd. Mittwoch um 19 Uhr Ameritinghaus, 7, Stiftgasse 8

WIEN-SÜD: Jeden Freitag um 19 Uhr Harlikarnas, 5, Spengerg. 31

WIEN-NORD: Jeden Freitag um 19 Uhr Sperlhof, 2, Große Sperlgasse 41

GEWERKSCHAFTSTAMMTISCH:

Jeden 2. & 4. Montag im Monat, 19.30 Club International, 16, Payerg. 14

FRAUENSTAMMTISCH: (nur für Frauen)

Jeden 1. & 3. Montag im Monat, 19.00 Zentrum Erdberg, 3, Lechnerstr. 2-4

Die JRE-Treffpunkte:

SAP: Jeden Donnerstag um 19.30 Uhr Grünes Lokal; 6, Eckertg./ Ecke Dürerg.

JRE: Jeden Montag um 19.00 Uhr

Die SLP-Veranstaltungen im März:

Orte und Beginnzeiten bitte den „SLP-Treffpunkten“ entnehmen.

10. MÄRZ: Marxismus und die „Nationale Frage“ SLP-WIEN-SÜD

13. MÄRZ: Die Schweinereien der Regierung - Wie Frauen davon betroffen sind und wie wir Widerstand organisieren! SLP-FRAUENSTAMMTISCH

17. MÄRZ: Austomarxismus - War/ Ist der „3. Weg“ die Lösung SLP-WIEN-NORD

29. MÄRZ: Wird die SPÖ unter Gusenbauer links? SLP-WIEN-MITTE

. MÄRZ: Wieso wir die Revolution brauchen! SLP-WIEN-WEST

. MÄRZ: Wieso wir die Revolution brauchen! SLP-GEWERKSCHAFTSTAMMTISCH

. MÄRZ: 100 x Vorwärts - Fest AB XX UHR, DORTUNDA, XX, WIEN; XY-GASSE

Demonstrationen im März:

8. MÄRZ: Demonstration am Internationalen Frauentag

Meiselmarkt (U3-Johnstraße) ab 15.00 Kundgebung ab 16.30 Demonstration

JEDEN DONNERSTAG: Demonstration gegen Blau-Schwarz, jeweils 19 Uhr, Ballhausplatz (jede Woche geht's durch andere Bezirke!)

Neuigkeiten

aus dem CWI

Irland - Nein zur Privatisierung

Drogheda ist eine Kleinstadt mit 30.000 EinwohnerInnen im Nord-Osten der Republik Irland. Die Müllabfuhr sollte privatisiert und eine neue Steuer für die Einwohner eingehoben werden. Den Beschäftigten wurde erklärt, sie würden schon neue Jobs finden. Darauf traten sie in den Streik und ein Komitee wurde gegründet „Drogheda Residents Against Bin Charges and Privatisation“ (EinwohnerInnen von Drogheda gegen Müllgebühren und Privatisierung). Bei einem Treffen des Komitees kamen 1000 Menschen. Joe Higgins, Parlamentsabgeordneter der irischen Schwesterpartei der SLP, der Socialist Party, berichtete über die Erfolge in Dublin gegen den Versuch, eine neue Wassersteuer einzuführen. Auch in Belgien sind Mitglieder des CWI gegen neue Müllgebühren aktiv. Und in einer anderen irischen Stadt, in Bray, konnte die Privatisierung durch einen Streik und Demonstrationen verhindert werden.

Chile: Sieg für TextilarbeiterInnen

Die Beschäftigten von Johnsons Textilfabrik in Santiago, Chile, haben einen Sieg errungen. Die Gewerkschaft Sindicato 1, deren Vorsitzende Vilma Alvarez auch Mitglied der chilenischen Sektion des CWI ist, hatte den Streik geleitet. Das gewählte Streikkomitee organisierte die Streikposten, die alle LKWs am Ein- und Ausfahren hinderten und auch das Management für einen Tag in der Fabrik einsperre. Nach nur fünf Tagen waren alle Forderungen erfüllt: Erhöhungen des Mindestlohnes, Bonuszahlungen und sogar die Bezahlung der Streiktage. Bei den Streikposten wurde politisiert - über die Verfassung und die Rolle der Polizei. Nach dem Streik riefen ArbeiterInnen anderer Betriebe bei Sindicato 1 an und sagten, daß der Erfolg zeige, was mit einer entschlossenen Führung möglich ist.

Britanien: Linker Erfolg

Bei den Wahlen in der größten britischen Einzelgewerkschaft Unison (Öffentlicher Dienst) konnte der Kandidat der Linken, Roger Bannister, einen überragenden Erfolg einfahren. Trotz Verleumdungen der rechten Gewerkschaftsführung konnte der Kandidat der Kampagne für eine kämpferische, demokratische Unison (CFDU) Bannister, der auch Mitglied der britischen Schwesterpartei der SLP, der Socialist Party, ist, 71.021 Stimmen (das sind 31,65 %) erreichen. Der Kandidat der Gewerkschaftsbürokratie erhielt 55,9 %. Viele Gewerkschaftsmitglieder hatten Hoffnungen in die neue Labour-Regierung, die nun angesichts weiterer Privatisierungen und von Stellenabbau im Öffentlichen Dienst enttäuscht werden. Die Gewerkschaftsführung versuchte, New Labour die Stange zu halten, aber der Druck der Linken war so stark, daß sie zu Demonstrationen aufrufen mußte. Die CFDU erhielt große Zustimmung für ihr Programm für eine kämpferischere Politik daß auch die Verbindungen der Unison zu New Labour in Frage stellt.

CDU-Spendenskandal: Ein weiterer Schritt beim „Abschiedskonzert“ der europäischen Konservativen

Korruption als System

Seit Monaten ist der CDU-Spendenskandal das bestimmende innenpolitische Thema in Deutschland. Und trotzdem konnte die CDU ihr Ergebnis von 1996 bei den Wahlen in Schleswig-Holstein fast halten. 35,2 % jener, die Ende Februar gewählt haben, gaben somit einer Partei die Stimme, die sich durch die Aufdeckung der Spendenaffäre in einer existenzbedrohenden Krise befindet.

KATJA ARTHOFER

OG
WIEN WEST

Der Marketingwert des CDU-Spendenskandals für die SPD steigt ins Unermessliche: Die Wahl von Schleswig-Holstein ist die erste seit 1998, die die SPD „für sich“ entscheiden konnte. Aber dazu bedurfte es - ihre Politik war kaum der Grund dafür - eines Korruptionsskandals, der einer „Systemkrise“ gleichkam (Zeit, Nr. 51/99).

Die angebliche Überraschung war nach Bekanntwerden der Spendenaffäre groß. Was eigentlich verwunderlich ist: Watergate stellt ein immer noch bekanntes Schlagwort dar, die Dutroux-Affäre 1996 brachte den belgischen Staat gehörig ins Wanken und erst im Februar 2000 hob die EU-Kommission als Spätfolge des letztjährigen EU-Skandals zum ersten Mal die Immunität eines ehemaligen Mitglieds auf.

Korruption - das „Amen“ nach dem Gebet „Survival of the fittest“ als oberste Maxime im herrschenden System hat seine Konsequenzen: Korruption wird zum lebensnotwendigen Mittel im Konkurrenzkampf der Konzerne um öffentliche Aufträge und Subventionen. Und Bestechung, ob nun legal via Parteien- finanzierung oder eben illegal, ist ein vitales Werkzeug bei der Übereinstimmung von Politiker- oder Regierungs mit Firmeninteressen -

Korruption ist kein Auswuchs sondern integraler Faktor des Systems.

REGIERUNGSWECHSEL

- ZEIT DES AUFDECKENS

Der Zeitpunkt, zu dem die CDU-Affäre ins Rollen geriet, ist kein ungewöhnlicher. Ein Regierungswechsel zieht teilweise das Auflösen und Neuknüpfen von Verbindungen zwischen Politik und Wirtschaft nach sich. Hinzu kommt noch, daß sich das bürgerliche System insgesamt in einer Krise befindet. Auf Basis immer offensichtlicher ökonomischer Unzulänglichkeit wächst der Unmut über das System - der Ausdruck sind sinkende Wahlbeteiligung, Parteiaustritte aber auch aktiver Widerstand. Da es auch den Förderern von Korruption manchmal zu bunt wird, fungieren sie selbst als Aufdecker, am besten in einer günstigen Phase.

Eine solche finden wir aktuell in Deutschland - auf die SPD ist Verlass, Vertreter der Wirtschaft müssen um die ökonomische und politische Stabilität nicht fürchten. Schröder ist ihr Mann in der Regierung, die Gewerkschaft kuscht und soziale Eskalationen wie noch unter Kohl zeichnen sich nicht ab.

In Belgien 1996 war die Situation eine andere: Die Dutroux-Affäre führte zu einer Welle der Empörung und der darauffolgende Justizskandal verwandelte angestaute Wut in eine soziale Explosion:



Auch Schäuble war tief in den Skandal verstrickt.

Es kam zu spontanen Schul- und Betriebsstreiks, dem „Weißen Marsch“ und einem Generalstreik; das Land bewegte sich für einige Tage am Rande der Unregierbarkeit.

Das Gegenbeispiel erleben wir nun in Deutschland. Der Skandal manifestiert den Wechsel der Eliten, stärkt die Regierenden - konkret Schröder und die SPD. Es kommt zur oberflächlich betrachtet paradoxen Situation, dass der Niedergang DER rechtskonservativen Partei zu einem Rechtsruck führen kann. Der fehlende Druck von vor allem den Gewerkschaften gepaart mit den aktuellen Forderungen bereitet ein Klima für zukünftige law-and-order-Politik, statt tatsächlicher Transparenz und dem in Frage stellen von Millionengagen für Politiker steht das Eingreifen einer starken Hand im Vordergrund - ein nahezu idealer Nährboden für rechte Parteien.

So oder so vermindern Korruptionsskandale das ohnehin schon angekratzte Vertrauen der Menschen in die etablierte Politik. Was Chancen und Risiken in sich birgt. Es kann rechtsextreme Politiker à la Haider stärken, öffnet das Feld aber auch für neue, linke Kräfte. Gibt es ausreichenden Druck von „unten“, so kann die Wut, die durch Korruption aufkommt, in sozialen Protest umgewandelt werden. Und diesen Druck gilt es zu erzeugen.

Wir fordern:

- * vollständige Offenlegung der Finanzen aller Parteien und Politiker.
- * Gehälter für Funktionäre und Abgeordnete, die einem Durchschnittsgehalt entsprechen und
- * jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit
- Das als selbstverständliche Maßnahmen, um ein Abheben und eine Entfremdung von Politikern verhindern zu können.

Die UNO-Friedensmission hat die Konflikte zwischen den Völkern im Kosovo nur verschärft

Für eine sozialistische Lösung

Obwohl von NATO-SprecherInnen stets als Aktion zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung gepriesen, hat der Krieg der imperialistischen Staaten gegen die Völker Jugoslawiens die Lage im Kosovo/a keineswegs verbessert. Im Gegenteil: die Vertreibungen von ZivilistInnen gehen unvermindert weiter, die soziale, wirtschaftliche und ökologische Situation ist ein Desaster. Nun sind es serbische ZivilistInnen, die von UCK-Milizen getötet und vertrieben werden.

VON ALFRED RATZ

OG
WIEN SÜD

Kaum eine Woche vergeht ohne neue Berichte über Massaker, Plünderungen und Pogrome im von UNO- und NATO-Truppen besetzten Kosovo/a. Damit hat sich die Lage im Vergleich zur Vorkriegssituation nicht verbessert. Auch die russischen Truppen, die von der serbischen Bevölkerung eher akzeptiert werden, haben die Gewalt nicht verhindert. Eine neue Eskalation bahnt sich für den kommenden Herbst an, wo Wahlen zu einem eigenen Parlament für Kosovo/a stattfinden.

Wenn dieses einen unabhängigen Staat ausrufen sollte, könnte das zu neuen Gewaltorgien führen. Ziel der Ausschreitungen wären dann die UNO/NATO-Truppen, die wohl als Besatzungsmacht empfunden werden. Denn auch der Westen hat an Unabhängigkeit wenig Interesse - zu sehr fürchtet er die Vorbildwirkung und damit weitere Destabilisierung. Auch die serbische Scheinopposition, auf die der

Westen seine Hoffnungen setzt, kooperierte (nicht nur) in diesem Punkt mit der Milosevic-Diktatur.

„ETHNISCHE SÄUBERUNGEN“

GEHEN WEITER

„America, where are you“ war im Vorfeld der NATO-Angriffe auf einige UCK-Transparenten zu lesen. Das demonstriert einerseits die entschlossen pro-kapitalistische Haltung der UCK-Führung, zeigt aber gleichzeitig, daß sie nicht im Stande ist, alleine eine „Lösung“ der Kosovo/a-Frage herbeizuführen. Die UCK hat die Pogrome an der albanischen Zivilbevölkerung nicht verhindern können, sondern selbst sogenannte ethnische Säuberungen an SerbInnen, Roma und anderen Minderheiten durchgeführt. Allerdings steht auch der Westen der UCK durchaus skeptisch gegenüber, befürchten doch viele, daß deren Politik zu einer weiteren Eskalation der Lage auf dem Balkan führen könnte. Insbesondere der extremistische Flügel der Bewegung ist selbst vielen Imperialisten ein Dorn im Auge.



NATO-Krieg und Besetzung haben weder Frieden noch Selbstbestimmung gebracht.

An den durch die Wiedereinführung des Kapitalismus entstandenen sozialen Problemen können und wollen weder die UCK, noch Milosevic etwas ändern. Auch den imperialistischen Großmächten ist natürlich nichts daran gelegen eine gemeinsame Bewegung von SerbInnen und AlbanerInnen aufzubauen. Die Bombardements haben die Diktatur in Belgrad jedenfalls eher gestärkt. Die Sanktionen und internationale Isolierung haben bislang nur den ArbeiterInnen, Bauern und Jugendlichen geschadet. Jedenfalls kann nur ein gemeinsamer Kampf aller Volksgruppen auf dem Balkan gegen Milosevic und NATO eine endgültige Lösung bieten. Die NATO hat die ethnischen Spannungen nicht verringert oder gelöst, sondern vergrößert. Und die soziale Basis durch Förderung eines (abhängigen) Kapitalismus in der Region gelegt.

Bislang gibt es dafür noch wenig Ansatzpunkte. Allerdings haben die Demonstrationen in Bosnien im Oktober 1999 gezeigt, daß die ArbeiterInnen selbst nach den schlimmsten ethnischen Konflikten wieder zu gemeinsamem Widerstand finden können. Denn nur eine gleichberechtigte, sozialistische Föderation der Staaten und Völker auf dem Balkan wird langfristigen Frieden

Widerstand gegen diese Regierung!



Aufgrund des blau-schwarzen Regierungsprogramms ist mit massiven Einsparungen und einem enormen Sozialabbau zu rechnen. Frauen sind davon aufgrund ihrer schlechteren ökonomischen Situation in verstärktem Ausmaß betroffen. Viele Frauen- und Mädchenberatungsstellen und andere Frauenprojekte stehen aufgrund finanzieller Aushungerung kurz vor der Schließung.

BARBARA FRÖSCHL
OG WIEN NORD

Darüber hinaus betreibt die neue Regierung unter dem Deckmantel der „Familienfreundlichkeit“ eine Politik, die Frauen in die Rolle der Hausfrau & Mutter drängt und Fraueninteressen mit Familieninteressen gleichsetzt. Das zeigt sich sehr gut daran, dass eine der ersten Handlungen der neuen Regierung die Schließung des Frauenministerium bzw. dessen Ankoppelung an das Familienministerium war. Das ist ein Signal, dass Frauen nicht mehr als eigenständige Gruppe mit eigenen Interessen wahrgenommen werden, sondern nur noch als Bestandteil einer Familie.

Anstatt zum Beispiel neue Kindergartenplätze zu schaffen, die es vielen Frauen (die leider noch immer den Großteil der Kinderbetreuungsarbeit verrichten) möglich machen würde zu arbeiten und so finanziell unabhängig zu sein, soll eine Mutterschaftsprämie in Form des „Karenzgelds für alle“ ausbezahlt werden soll. Als eine Art Belohnung dafür, dass die Frau zu Hause bleibt und ihr(e) Kind(er) selbst betreut. Das bedeutet letztlich eine starke finanzielle Abhängigkeit vom Mann bedeutet.

SPÖ KEINE ALTERNATIVE

Doch bei aller berechtigten Kritik an der neuen Regierung ist es wichtig, nicht aus den Augen zu verlieren, dass die SPÖ keine Alternative zu dieser Regierung darstellt. Auch die SPÖ hat Sozialabbau betrieben und speziell für frauenspezifische Probleme keine Lösungen gefunden. Daher geht es jetzt darum Widerstand zu leisten, aber nicht nur gegen die schwarz blaue Regierung sondern gegen sexistische, rassistische und

ausbeuterische Politik, die genauso von der SPÖ betrieben wurde. Wir müssen auch sehen, dass wir im Kampf um Frauenrechte in diesem System sehr schnell an dessen Grenzen stoßen werden. Kapitalistische Interessen und Frauenbefreiung sind letztendlich nicht miteinander vereinbar, was nicht bedeutet, dass wir nicht hier und jetzt Widerstand gegen Sexismus und Rassismus leisten sollen und müssen.

WIDERSTAND IST NOTWENDIG

Es ist jetzt wichtig sich zu wehren und gegen diese Politik in die Offensive zu gehen. Wir Frauen müssen zeigen, dass wir uns nicht widerstandslos hinter den Herd und in die Familie zurückdrängen lassen.

8. MÄRZ: INTERNATIONALER FRAUENKAMPFTAG

15 – 16.30 Auftaktkundgebung:
Meiselmarkt (U3 Johnstraße)
mit Musik, Straßentheater, ...

16.30 Demonstration

ca. 19.30 Schlußkundgebung
am Schottentor

FRAUENSTAMMTISCH: (nur für Frauen)



Jeden 1. & 3. Montag im Monat, 19.00
Zentrum Erdberg, 3, Lechnerstr. 2-4

Junge Frauen
sind beim
Widerstand
ganz vorne
dabei.



SchülerInnen aktiv

Am 18. Februar fanden sich zwischen 10.000 und 15.000 SchülerInnen aus ganz Wien und Umgebung um etwa zehn Uhr zu einem Schulstreik am Stephansplatz ein. Sie taten dies, um ihre Ablehnung gegen die derzeitige Bundesregierung zu demonstrieren. Und das war - einigen „kritischen“ Stimmen zum Trotz - ein eindeutiges politisches Zeichen: Wiens SchülerInnen wollen keine rassistische und sexistische Regierung, die massiven Sozial- und Bildungsabbau betreibt.

IRENE MÜLLER
OG WIEN SÜD

Wer das nicht wahrhaben und mit Argumenten wie „die wollen ja nur frei haben“ die fast 15.000 Jugendlichen erklären will, leugnet die Tatsachen. Denn die „gestreikten Schulstunden“ wurden nicht als Entschuldigungsgrund akzeptiert. An einigen Schulen wurde den SchülerInnen mit Konsequenzen gedroht: Schlechtere Betragensnoten, Disziplinarkonferenzen oder „schwarz(blau)e Listen“ auf die die Namen derer kämen, die es dennoch

wagten zu streiken. SchülerInnen, die in solche Listen eingetragen würden, könnten sich keinerlei „Entgegenkommen“ seitens der Schule mehr erwarten. Wer weiß, wie sehr Noten und ähnliches vom subjektiven Empfinden der dafür Verantwortlichen Menschen abhängen, versteht die Härte dieser Drohung. SchülerInnen der Hegelgasse 12 wären wohl froh gewesen, wenn sie es „nur“ mit Drohungen zu tun gehabt hätten. Sie wurden am 18.2. im Schulgebäude eingesperrt... Erziehungsmethoden a la Lehrer ? Wir SchülerInnen haben allen Grund diese Regierung abzulehnen. Wir wurden

am 3. Oktober nicht gefragt, werden aber zu jenen gehören, die die Politik dieser Regierung am härtesten trifft. Eine Weiterführung des Bildungsabbaus sowie die Einführung von Studiengebühren sind mehr als wahrscheinlich. Eine Verschärfung der schwarzen „Rohrstaberpädagogik“ ist bereits an einigen Schulen zu spüren (Beispiele dafür haben die Tage vor und nach dem Schulstreik zur Genüge geboten). Legaler Rassismus durch die Ein-Drittelklausel (höchstens ein Drittel SchülerInnen nicht-deutscher Muttersprache in einer Klasse) und Elitenbildung. Doch ein SchülerInnenstreik kann diese Regierung nicht stürzen. Es braucht den gemeinsamen Kampf von ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen, SchülerInnen und Studierenden und PensionistInnen. Deshalb fordern wir den ÖGB auf, einen österreichweiten Streik und Protesttag zu organisieren!

Die Sozialistische LinksPartei - Wer wir sind und was wir wollen:

- Nein zum Sozialabbau! Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen – bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn ÖS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit – sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbereich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung – Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.